

2012-02-02

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen zum Haushalt 2012 am 08.11.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, stellv. Ausschussvorsitzender des Haupt- und Personalausschusses und **Herr Bönecke**, Ausschussvorsitzender Finanzausschuss begrüßten die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse. Sie stellten die ordnungs- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit 5 und des Finanzausschusses mit 5 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung wurden sowohl vom Haupt- und Personalausschuss als auch vom Finanzausschuss keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 6/0/0 – einstimmig zugestimmt
Finanzausschuss: 6/0/0 – einstimmig zugestimmt

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Ehlert nahm Bezug auf die durch das Land aktuell vorgestellten Zahlen zu den Steuereinnahmen. Sie erbat einen zeitnahen Ausblick, wie sich dies auf die Einnahmesituation der Stadt auswirke.

Frau Nußbeck führte aus, dass in der vergangenen Woche die Orientierungszahlen eingegangen seien. Diese Orientierungszahlen seien für die Verwaltung immer die Grundlage der Planung; diese beruhen im Wesentlichen auf den Steuerschätzungen. In der Finanzplanung der Stadt im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sind diese Orientierungszahlen zugrunde gelegt worden.

Ansonsten sei das Finanzausgleichsgesetz (FAG) in Beratung und sehe momentan vor, dass aus der Finanzmasse 2012 70 Mio. EUR herausgenommen werden und für 2013 nochmals die Herausnahme von 50 Mio. EUR vorgesehen sei. Parallel dazu sei vorgesehen, dass die Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt um 200 Mio. EUR, davon für das Land Sachsen-Anhalt um 45 Mio. EUR gesenkt werden. Dies sei Stand der Dinge und auch die Basis für den Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau, so **Frau Nußbeck**. Abzuwarten bleibe nun, wie die Beratungen zum Landeshaushalt und zum FAG laufen.

An dieser Stelle informierte **Frau Nußbeck** über die Anhörung beim Finanzausschuss des Landes am 03.11.2011 zum FAG. Sie betonte die besondere Chance für die Stadt, zu diesem Thema als Betroffene Stellung nehmen zu können. Dies war insofern eine besondere Situation, dass die kreisfreien Städte grundsätzlich zu ihrer gemeinsamen Situation Stellung nehmen konnten. Jedoch was die Gleichstellung Dessau-Roßlaus gegenüber Halle und Magdeburg bei der Einwohnergewichtung anbetreffe, so **Frau Nußbeck**, kämpfe die Stadt natürlich nur für sich selbst. Dadurch, dass die Stadt Dessau-Roßlau gerade auch zu dieser Thematik angehört wurde, konnte man direkt ansprechen, dass im Rahmen der Neuüberarbeitung bzw. Aktualisierung des FAG auch die Frage der Aufgabenbewertung beantwortet werden müsse. Bei zumindest einem Teil der Anwesenden, so **Frau Nußbeck**, hatte man den Eindruck, dass diese Botschaft „angekommen“ sei. Inwieweit dies nun Berücksichtigung finde bleibt abzuwarten.

Im Weiteren nahm **Frau Nußbeck** Bezug auf die Anfrage von Frau Ehlert in der letzten Sitzung des Finanzausschusses die Prognose für das Jahresergebnis 2011 betreffend. Das Wort wurde für entsprechende Informationen an **Frau Wirth**, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, übergeben. **Frau Wirth** nahm Bezug auf das aktuelle Defizit des Haushaltsplanes 2011, welches 27,1 Mio. EUR betrage. Das laufende Defizit betrage 7,1 Mio. EUR. Im Finanzplan wurde bereits eine Ergebnisverbesserung aus dem Jahr 2011 i. H. v. 2 Mio. EUR mit eingerechnet. Derzeit stelle sich die Situation so dar, dass sich insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer äußerst positiv entwickeln und dass darüber hinaus auch Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer i. H. v. ca. 1 Mio. EUR erwartet werden. Bei der Gewerbesteuer könne man dies noch nicht abschließend einschätzen, weil die Messbescheide permanent eingehen, das Abrechnungsjahr und die Vorauszahlungen angepasst werden. Auf der Ausgabenseite habe man derzeit die Risikoposition Unterkunftskosten und natürlich Bildungs- und Teilhabepaket. Was sich dort in den letzten Monaten entwickle sei noch nicht abschließend abzuschätzen. Jedoch werde davon ausgegangen, dass die 2 Mio. EUR Ergebnisverbesserung gesichert seien und mit vorsichtigem Optimismus könne man davon ausgehen, so **Frau Wirth**, dass mindestens nochmals in dieser Grö-

Benennung eine weitere Ergebnisverbesserung erreicht werde, mit allen damit verbundenen Risiken.

Weitere Anfragen und/oder Informationen wurden nicht vorgebracht.

4. Beschlussfassungen
4.1 Haushaltsplan 2012 - Haushaltssatzung 2012, Haushaltsplan 2012
Finanzplan 2012, Stellenplan 2012
Vorlage: DR/BV/379/2011/II-20

Frau Nußbeck schlug vor, die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes einschließlich der Haushaltskonsolidierung gemeinsam aufzurufen und etwaige Nachfragen sofort vorzubringen und zu beantworten.

Dagegen wurden keine Einwendungen vorgebracht.

4.1.1 Verwaltungshaushalt

4.1.1.1 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung, Seite 179 bis 222
Haushaltskonsolidierungskonzept, Seiten 1131 bis 1244

Seite 181, HHSt. 00100.53000 – Gemeindeorgane/Mieten – Anfrage Frau Ehlert

Frau Ehlert erfragte ob die Erhöhung des Ansatzes eine Angleichung an das Ist des Vorjahres sei oder ob es Mietsteigerungen gab bzw. mehr angemietet wurde.

Frau Nußbeck sagte eine kurzfristige Beantwortung im Rahmen der Haushaltsberatungen zu.

Seite 183, HHSt. 00110.54020/54021 – Reinigung Büro Ortschaftsräte Reinigung

Frau Ehlert erfragte den Grund für den niedrigen Ansatz vor dem Hintergrund von insgesamt 14 Ortschaften.

Frau Wirth erklärte, dass der Unterabschnitt 54020 die Reinigungsleistungen für das Amt für Gebietsangelegenheiten und Ortschaften betreffe und die Begründung für den Unterabschnitt 54021 nachgereicht werden müsse.

Seite 183, HHSt. 00110.65500
– Entwicklungsstrategien für Ortschaften im westlichen Stadtgebiet

Sowohl **Herr Bönecke** als auch **Frau Ehlert** hinterfragten die Untersetzung des Ansatzes i. H. v. 6.000,00 EUR.

Frau Nußbeck sagte aufgrund der Abwesenheit des Fachamtes eine Beantwortung bis zur nächsten Sitzung zu.

Haushaltskonsolidierungskonzept S. 1139,
Einsparvorschlag 00110-1 – Amt für Gebietsangelegenheiten und Ortschaften

Herr Pätzold erfragte, wie die Struktur des Amtes nach dem Ausscheiden und dem Wegfall der Stelle des Amtsleiters aussehen werde und im Weiteren, was sich aufgrund dessen in der Arbeit dieses Bereiches in Bezug auf die Ortschaften der Stadt verändere.

Frau Nußbeck sagte die Weiterleitung der Anfrage an den zuständigen Fachbereich zur Beantwortung zu.

Seite 186, HHSt. 02000.54060 – Allgemeine Verwaltung/Energie

Frau Ehlert nahm Bezug auf das bereits seit Jahren bestehende Thema des Aufbaus eines Energiemanagements.

Im Haushaltskonsolidierungskonzept sei ausgewiesen, dass die Einsparungen noch nicht zum Tragen kommen, weil der BMSR-Ingenieur erst Mitte des Jahres eingestellt werden konnte. In den Haushaltsberatungen war nie davon die Rede, dass die Einsparungen durch das Energiemanagement unmittelbar mit der Einstellung eines BMSR-Ingenieurs gekoppelt seien. Dieser Zusammenhang erschließe sich für Frau Ehlert nicht und sie erbat hierzu konkrete Ausführungen des Fachbereiches.

Herr Bekierz, Amtsleiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, führte dazu aus, dass im Rahmen des Energiemanagements die erste Aufgabe darin bestand, die Heizkosten zu senken, weil in diesem Bereich das größte Potential gesehen werde. Im Rahmen dieser Aufgabe wurden die Energiekosten in diesem Bereich stark gesenkt. Wenn das Energiemanagement nicht vorhanden wäre, so **Herr Bekierz**, würde dies pro Jahr zusätzliche Kosten von 1 Mio. EUR bedeuten. Allerdings sei in dem Zuständigkeitsbereich die Kompetenz im Bereich Elektroenergie nicht ausreichend, man aber erkannt habe, dass hier ebenfalls große Potentiale vorhanden seien. Aus diesem Grund habe man hier um fachkundige Verstärkung gebeten. Eingestellt wurde Herr Sens, der ebenfalls heute anwesend sei. Herr Sens habe objektkonkret das Ergebnis der Arbeiten im Jahr 2011 erarbeitet. Hier hatte die Verwaltung den Vorteil, viele KP-II-Mittel einsetzen zu können. Aus den in 2011 geleisteten Arbeiten resultiert für die Folgejahre eine Kostenreduzierung von ca. 45.000,00 EUR. Die Maßnahmen für das Jahr 2012 seien bereits klar strukturiert aufgeschrieben. Für diese Maßnahmen werden ca. 80.000,00 EUR Kostenreduzierung erwartet, so dass eingeschätzt werden könne, dass man auf diesem Gebiet auf einem guten Weg sei. Ziel sei es, insgesamt ca. 240.000,00 EUR der Energiekosten durch drei Jahre Arbeit zu senken und dies nachhaltig für die Zukunft.

Herr Bönecke erfragte, warum trotz der Kostensenkungen es in 2011 zu einem Aufwuchs gekommen sei. **Herr Bekierz** wies darauf hin, dass dies bei vielen einzelnen Positionen im Haushaltsplan ablesbar sei. Er bat darum, dieses Thema global zu sehen. Momentan sei man bei Einsparungen im Bereich einer Million angekommen und müsse dazu selbstverständlich an der einen oder anderen Stelle investieren, was in der Darstellung zu Mehrkosten führe. Jedoch arbeite das Energiemanagement überaus erfolgreich. **Frau Nußbeck** ergänzte, dass man beachten müsse, dass die Einsparungen beim Energiemanagement oftmals durch die Preissteigerungen kompensiert werden. **Herr Bekierz** bestätigte dies und erklärte, dass im Jahr 2011 etwa das Kostenniveau des Jahres 2003 erreicht wurde. Dem müsse man gegenüberstellen, welchen Energieverbrauch man eingespart habe und das mit den heutigen Tarifkosten summieren. Dies ergebe in etwa diese 1 Mio. EUR Einsparungen.

Seite 183, HHSt. 00110.60200 – Repräsentationen Ortschaftsräte

Seite 183, HHSt. 00110.60216 – Repräsentationen Rodleben

Seite 183, HHSt. 00110.65300 – Öffentliche Bekanntmachungen

Herr Dreibrodt erfragte die Gründe für den sinkenden Ansatz bei den Repräsentationen Ortschaftsräte auf 5.700,00 EUR und demgegenüber den gleichbleibenden Ansatz für die Repräsentationen Rodleben. **Frau Wirth** erklärte, dass die Reduzierung des Ansatzes die Umsetzung des Konsolidierungsvorschlages sei.

Herr Rumpf wies diesbezüglich auf den Gebietsänderungsvertrag Rodlebens mit der Stadt Dessau hin. Auf die weitere Frage von **Herrn Dreibrodt** hinsichtlich der Geltungsdauer für diesen Gebietsänderungsvertrag erklärte **Herr Rumpf**, dass dieser dauerhaften Bestand habe.

Frau Nußbeck ergänzte, dass ein Gebietsänderungsvertrag mit einer unbegrenzten Laufzeit abgeschlossen werde, da sich zwei Gebietskörperschaften dauerhaft zusammenschließen. Das Budgetrecht jedoch verbleibe beim Stadtrat. Auf die weitere Anfrage von **Herrn Dreibrodt** eingehend erklärte **Frau Nußbeck**, dass die anderen 14 Ortschaften derartige Vereinbarungen nicht haben. **Herr Rumpf** ergänzte, dass dies mit dem Unterschied zwischen einem Gebietsänderungsvertrag und der Fusion zusammenhänge. Ein Gebietsänderungsvertrag bedeute Eingemeindung im Gegensatz zur Fusion Zusammenschluss. **Herr Dreibrodt** nahm im Weiteren auf die Öffentlichen Bekanntmachungen im Unterabschnitt 65300 Bezug und erfragte die Begründung für die Reduzierung auf Null. **Frau Nußbeck** erklärte, dass dies der Konsolidierungsvorschlag zur Reduzierung der Veröffentlichungskosten des Amtsblattes sei.

Seite 190, HHSt. 02200.56200 – Aus- und Fortbildung (u. a. zur neuen Personalsoftware)

Frau Ehlert erbat Erläuterungen bezüglich der Einführung einer neuen Personalsoftware. **Frau Erxleben**, Amtsleiterin Haupt- und Personalamt erläuterte, dass das Programm schon in diesem Jahr eingeführt wurde. Es umfasst mehrere Module und beinhaltet von der Personalabrechnung alle Bereiche der Personalbewirtschaftung bis hin zur Berechnung der leistungsorientierten Bezahlung und Zeiterfassung. **Frau Nußbeck** ergänzte, dass über dieses Vorhaben im Rahmen des jährlichen Berichtes im Finanzausschuss zum Stand der Entwicklung der Hard- und Software ausführlich berichtet wurde. Ziel ist, die vielen verschiedenen Programme abzuschaffen und eine Vereinheitlichung herbeizuführen.

Seite 190, HHSt. 02200.16000 – Ausgleichszahlungen Zivildienstleistende

Herr Bönecke erfragte die Begründung für diese Einnahmen vor dem Hintergrund, dass der Zivildienst seinen Informationen nach im Jahr 2011 auslaufe. **Frau Erxleben** erklärte, dass zwar der Zivildienst auslaufe, jedoch als Ersatz der Bundesfreiwilligendienst zu planen sei. Hinzu kommen die Freiwilligenjahre. D. h., so wie von **Herrn Giese-Rehm** hingewiesen, dass diese Haushaltsstelle umbenannt werden müsse.

Seite 192 – Abschnitt 02210 – Wiederbesetzte Altersteilzeit in der Freizeitphase

Frau Ehlert erbat hierzu Ausführungen. **Frau Nußbeck** erläuterte, dass es 2 Arten von Altersteilzeitverträgen gebe. Zum Einen seien dies die Verträge, bei denen die Stelle weg falle und zum Anderen die Verträge, bei denen die entsprechende Stelle wieder

besetzt wird. Um das im Haushalt klar darstellen zu können wurden zwei gesonderte Unterabschnitte gebildet. Der Unterschied besteht darin, dass für die wieder zu besetzenden Stellen im Fachamt neue Kosten entstehen und bei Wegfall der Stelle es sich um eine absolute Einsparung handele.

Herr Pätzold nahm Bezug auf die Seite 193 – Die Darstellung der Herkunft der wiederbesetzten Altersteilzeitstellen. Er erfrage ob eine Darstellung möglich sei, wie viel dieser Stellen intern nachbesetzt wurden und wie viel extern. **Frau Nußbeck** erklärte, dass eine Darstellung des zurückliegenden Jahres möglich sei. Von den Stellen, die in diesem Jahr wieder zu besetzen waren, konnten 19 intern nachbesetzt werden.

Seite 195, HHSt. 02300.65500 – Rechtsamt Rechtsberatungs- und Gerichtskosten

Herr Bönecke erbat eine Begründung für den Aufwuchs bei den Rechtsberatungs- und Gerichtskosten gegenüber dem Vorjahr. Diese Situation werfe die Frage auf, ob es sich hier um Mehrkosten für Rechtsstreitigkeiten oder für Gutachter handele. Im Weiteren stelle sich die Frage, in welcher Phase von Rechtsstreiten sich die Stadt externer Rechtsberatung bediene. **Frau Nußbeck** erklärte, dass die Stadt sich in der 2. Instanz nicht mehr selbst vertreten dürfe, sich somit eines externen Rechtsbeistandes bedienen müsse. Ein weiterer Kostenfaktor sei, dass die Stadt in Bezug auf die Ausschreibung der Konzessionsverträge Strom, Gas und Fernwärme einen Beratungsvertrag mit der Fa. Becker, Büttner und Held Berlin abgeschlossen habe. Eine detaillierte Untersetzung der Kosten der Haushaltsstelle für das Jahr 2011 sagte **Frau Nußbeck** zu.

Anmerkung:

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Bönecke werden nachfolgend die Rechtsberatungs- und Gerichtskosten der HHSt. 02300.65500 dargestellt.

Ist 2010	90.918,02 EUR
dav. Rechtsberatung	30.113,85 EUR

dar. Maslaton (für Planverfahren Ostrandstraße)	12.481,02 EUR
---	---------------

Becker, Büttner, Held (für Konzessionsverträge Strom, Gas, Fernwärme)	17.632,81 EUR
---	---------------

Plan 2011	65.000,00 EUR
------------------	----------------------

Ist per 08.11.11	51.412,42 EUR
dav. Ausgaben und Verfahren, die durch die Stadt veranlasst wurden	13.762,12 EUR

dav. Rechtsberatung	4.559,78 EUR
dar. Becker, Büttner, Held (Konzessionsverträge)	4.016,25 EUR

Seite 198, HHSt. 02500.71300 – Zuweisungen an Geschäftsstelle Regionale Planungsgemeinschaft

Zur Anfrage von **Frau Ehlert** führte **Herr Koschig** aus, dass im Normalfall die Einwohnerzahl die Grundlage für die Bemessung der Umlagen sei, die für die Planungsgemeinschaft gezahlt werden.

Dadurch, dass Bernburg aufgrund der Gebietsreform nicht mehr zu dieser Planungsgemeinschaft gehöre, seien weniger Einwohner als Bemessungsgrundlage vorhanden. Der Aufwuchs jedoch hänge damit zusammen, dass in diesem Jahr die Zuschüsse des Landes letztmalig gezahlt wurden, die Gemeinschaft aber recht erfolgreich beim Minister vorgesprochen und unter Hinweis auf das Konnexitätsprinzip deutlich gemacht habe, dass das Land sich hier nicht vollständig zurückziehen könne. Dies solle sich im neuen Doppelhaushalt des Landes wiederfinden. Momentan fehle es nur noch an der gesetzlichen Ermächtigung, weiter Zuschüsse zu zahlen. Seitens des Ministers gebe es aber eine Zusage auf weitere Zahlung der Zuschüsse.

Seite 203, HHSt. 02700.10020 – Gebühren für Ausweise und Pässe

Frau Nußbeck führte auf die Anfrage von **Herrn Kleinschmidt** aus, dass die erhöhten Einnahmen und Ausgaben auf die Einführung des elektronischen Personalausweises zurückzuführen sei. **Herr Pätzold** erklärte, dass er den Hinweis auf verlängerte Bearbeitungszeiten in der Wirkung des Einsparvorschlages für nicht notwendig halte. Die Stadt habe ja auch weniger Einwohner und insofern sei die Begründung s. M. n. nicht unbedingt geeignet. **Frau Nußbeck** führte aus, dass diesbezüglich Eines klar gestellt werden müsse. Weniger Personal bedeute, dass die Verwaltung weniger Sprechstunden absichern könne. Wenn weniger Sprechzeit vorgehalten werden könne, dann könne dies in den Stoßzeiten bedeuten, dass der Bürger etwas längere Wartezeiten in Kauf nehmen müsse.

Seite 205, HHSt. 03000.56200 – Aus- und Fortbildung

Frau Wirth bestätigte die Aussage/Nachfrage von **Frau Ehlert**, dass es sich bei den Kosten für die Aus- und Fortbildung zu einem Großteil um Fortbildungsmaßnahmen in Vorbereitung der Doppik handele.

Seite 209, HHSt. 03011.56200 – Aus- und Fortbildung (für neues Forderungsmanagement)

Frau Ehlert erfragte, ob es zum jetzigen Zeitpunkt schon erste Erfahrungen in Bezug auf die Einführung des neuen Forderungsmanagements gebe. **Frau Nußbeck** erklärte, dass in der Sitzung des Finanzausschusses am 23.11.2011 der aktuelle Sachstand zum Forderungsmanagement vorgestellt werde. Der Bericht erfolge durch die Projektleiterin in detaillierter Form, d. h. hier werde auf die bisher erzielten Effekte und die organisatorischen Veränderungen eingegangen.

Herr Giese-Rehm führte aus, dass der Kosteneffekt aus dem Forderungsmanagement nicht in dieser Haushaltsstelle ablesbar sei. **Frau Nußbeck** bestätigte dies. Herr Giese-Rehm führte weiter aus, dass dies von Interesse wäre, da es hier ja einen deutlich gestiegenen Zuschuss bedarf gebe. **Frau Nußbeck** erklärte, dass die Erfolge pro Mitarbeiter bereits deutlich ablesbar seien. Diese Effekte seien auch Gegenstand des Sachstandsberichtes am 23.11.2011.

Seite 211, Abschnitt 03500 – Amt für zentrales Gebäudemanagement

Frau Ehlert wandte sich direkt an Herrn Sens, Sb. Energiemanagement/Elektroingenieur im Amt für zentrales Gebäudemanagement unter Bezugnahme auf die Haushaltsstellen 03500.52100 – Betriebsmittel Energiemanagement und 03500.65510 – Planungskosten Energiemanagement und die deutlich gestiegenen Ausgaben.

Herr Sens bestätigte, dass diese Kosten in Zusammenhang mit der Umsetzung weiterer Maßnahmen und Projekte im Bereich Energiemanagement stehen. Er erklärte, dass sich das Energiemanagement in verschiedene Stufen gliedere. Begonnen werde mit einem Monitoring, um den Anlagenbestand aufzunehmen. Darauf folge ein Controlling. Hierfür reichen aber die Verbrauchszähler nicht aus, d. h. man brauche einen messtechnischen Nachweis nicht nur über die verbrauchte Energie, sondern letztlich über einen Tages-, Wochen- oder Monatsablauf. Aus diesen Abläufen habe man die Möglichkeit, bestimmte Betriebsverhalten und auch Abweichungen zu erkennen. Damit habe man die Möglichkeiten entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen, idealer Weise durch eine Dienstanweisung. Im nächsten Schritt müssten kleininvestive Maßnahmen folgen bzw. größere Investitionen. Die erhöhten Planungskosten bedingen sich daraus, dass man im Hinblick auf den Einsatz von Photovoltaikanlagen Überlegungen anstellen wolle, inwieweit es machbar sei, innerhalb der Stadtverwaltung eigene Anlagen zu generieren. Die Stadt selbst sei kein Errichter und Betreiber einer Photovoltaikanlage, aber das Energiewirtschaftsgesetz bzw. das EEG gebe die Möglichkeit, dass derartige Anlagen für die Eigennutzung eingesetzt werden können.

Herr Sens bestätigte die Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm**, dass in Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen auch Solar-Thermieanlagen geplant seien und verwies diesbezüglich auf ein Musterprojekt in der Alten Brauerei. Die weitere Anfrage in Bezug auf die Möglichkeit, den sog. Aufstockbetrag als Stadt in Anspruch zu nehmen bejahte Herr Sens ebenfalls. Dies sei in dem Falle möglich, wenn die Stadt als Eigenerrichter auftrete.

Seite 211, HHSt. 03500.16900 – Innere Verrechnungen – Verwaltungskosten

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf die aktuelle Entwicklung dieser Einnahmen und erfragte die Gründe für diese Unterschiede. **Frau Wirth** erklärte, dass dies damit zusammenhänge, dass im Jahr 2011 auf Basis des Jahres 2009 die Inneren Verrechnungen geplant wurden. Im Jahr 2010 gab es aber erhebliche Verwerfungen. Im Zuge der Kostenrechnung gab es eine Untersuchung dahingehend, was in die Gebühren mit eingerechnet werden dürfe und was nicht und zusätzlich was steuerrechtlich bei den BgA's verrechnet werden dürfe. Dies habe im Ergebnis 2010 zu einer Anpassung geführt, die wiederum erst jetzt für 2012 planungsseitig berücksichtigt werden konnte.

Seite 196, HHSt. 02400.40000 – Personalausgaben Öffentlichkeitsarbeit

Seite 216, HHSt. 05100.40000 – Personalausgaben Statistik, Wahlen

Herr Bönecke nahm Bezug auf die deutlichen Zuwächse bei den Personalausgaben der genannten Haushaltsstellen und erfragte die Gründe. **Frau Nußbeck** erklärte zu den Gründen, dass im Haushaltsplan 2011 der Mikrozensus als Extrahaushaltsstelle ausgewiesen wurde und alle Mitarbeiter, die intern zum Mikrozensus aus den Fachämtern umgesetzt wurden, dann in den Kosten 2011 nicht erschienen sind. Der Aufwuchs

in den Personalausgaben Öffentlichkeitsarbeit bedinge sich durch die Rückkehr der zum Zensus abgeordneten Mitarbeiterin aus der Pressestelle.

Weitere Anfragen und/oder Anträge zum Einzelplan 0 wurden nicht vorgebracht.

4.1.1.2 Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Seite 225, HHSt. 11100.16400 – Erstattungen der Krankenkassen für Bestattungen im Rahmen der Daseinsfürsorge

Frau Ehlert erbat eine Aussage dazu, welche Bestattungen in den Bereich Ordnungswesen und welche Bestattungen in den Bereich Sozialamt fallen. **Frau Lindner**, Amtsleiterin Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung erläuterte, dass das Ordnungswesen ausschließlich für sog. Pflichtbestattungen zuständig sei, d. h. für den Fall, dass keinerlei Angehörige mehr zu ermitteln sind. Das Sozialamt sei für sozial Bedürftige zuständig. Die Einnahmen der HHSt. 11100.10300 sind Einnahmen, die im Nachhinein von noch ermittelten Angehörigen stammen.

Seite 227 ff. – Haushaltsansatz 2011 = 0

Frau Nußbeck bestätigte auf die Anfrage von **Frau Ehlert**, dass diese Darstellung in Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung stehe. Sie erläuterte weiter, dass es in Zukunft Produkte und Leistungen geben werde und insofern die Kosten direkt diesen Produkten und Leistungen und diesen Kostenstellen zugeordnet werden. Dies sei schon die erste Maßnahme in Bezug auf die Umstellung auf die Doppik.

Seite 232/233, Abschnitt 11130 – Stadtordnungsdienst/Bußgeldstelle

Herr Dr. Neubert nahm Bezug auf das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben und erfragte, wer von dem Personal sich tatsächlich trage. **Frau Lindner** erklärte, dass man eindeutig feststellen könne, dass sich die Überwachung des fließenden Verkehrs selbst trage. Dies konnte bereits im Jahr 2008 im Rahmen der Haushaltsberatungen dargestellt werden. Dies lasse sich ganz deutlich von den anderen Aufgaben in diesem Bereich trennen, da hier eine direkte Zuordnung erfolge, d. h. vom Personal bis hin zur eingesetzten Technik. Dieser Bereich trage sich selbst sehr gut, kann aber das Defizit der anderen Bereiche nicht ausgleichen. Dies hänge damit zusammen, so **Frau Lindner** weiter, dass diese Bereiche als Sicherheitsbehörde tätig sind und keine Einnahmen generieren. Man habe zwar im Bereich Bußgeld Dank der digitalen Technik noch zwei Stellen reduzieren können, aber insgesamt schlagen die Personalkosten hier zu Buche. Eine Einzeldarstellung der verschiedenen Bereiche sei erst mit der Einführung der Doppik möglich.

Herr Kleinschmidt nahm Bezug auf die Erhöhung der Einnahmen bei der HHSt. 11130.26021 – Verwarnungen stationäre Anlage – und schätzte ein, dass diese Erhöhung s. E. sehr hoch gegriffen sei. **Frau Lindner** erklärte, dass diese Planung in Zusammenhang mit den Ergebnissen der stationären Überwachungsanlage in der Albrechtstraße stehe. Die Mehreinnahmen seien ausschließlich auf diese Anlage zurückzuführen.

Herr Dreibrod stellte fest, dass dieser Bereich trotz allem nicht kostendeckend sei. Im Weiteren erfragte er die Gründe für den Aufwuchs bei den Personalausgaben der HHSt. 11130.40000 auf 1.232.000,00 EUR. **Frau Nußbeck** verwies hierzu auf ihre bereits gemachten Ausführungen hinsichtlich der Einführung der Kosten-Leistungsrechnung. **Frau Lindner** ergänzte, dass dieser Bereich nicht nur die Überwachung des fließenden Verkehrs umfasse. Als Sicherheitsbehörde habe man vielfältige Aufgaben, die keinerlei Einnahmen generieren. Hier sei man durchaus mit der Polizeibehörde vergleichbar.

Seite 234, Abschnitt 11200 – Führerscheinwesen und Kfz-Zulassung

Herr Bönecke erklärte, dass ihm zu diesem Bereich eine Anregung vorgebracht wurde. So sollte man doch darüber nachdenken, für Wunschkennzeichen höhere Gebühren zu erheben. **Frau Lindner** erklärte, dass für Wunschkennzeichen ohnehin höhere Gebühren anfallen (20,00 EUR). Höhere Gebühren darüber hinaus seien aufgrund der Bundesgebührenordnung nicht möglich.

Seite 244, Abschnitt 13100 – Berufsfeuerwehr

Frau Ehlert nahm Bezug auf die Ausgaben für die Feuerwehrrente und begrüßte die Entscheidung, dass sich die Stadt trotz knapper Kassen für die Einführung der Feuerwehrrente entschieden habe. Jedoch könne sie in diesem Abschnitt keine Mittel für die Nachwuchsgewinnung finden, wie in den Haushaltsberatungen 2011 seitens der CDU-Fraktion beantragt. **Herr Schneider**, Amtsleiter Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst führte aus, dass in jedem Fall für die Nachwuchsgewinnung 2.300,00 EUR im Haushalt zur Verfügung stehen. Diese Mittel sind Bestandteil der Ausgaben in der HHSt. 13200.60200 – Freiwillige Feuerwehr – Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Dar- aus werde auch in diesem Jahr beispielsweise die Ausbildung für die Jugendgruppenleiter der Jugend- und Kinderfeuerwehren bestritten. Weiterhin wurden Materialien für die Kinder- und Jugendfeuerwehren angeschafft. Es kann eingeschätzt werden, dass die Mittel, die in den vergangenen Jahren hierfür zur Verfügung standen, auskömmlich waren, so **Herr Schneider**.

Herr Schneider erläuterte im Weiteren auf die Anfrage von **Herrn Hartmann** die Aus- und Fortbildungskosten betreffend, dass dies zum Einen für die laufende Fortbildung der Kameraden erforderlich sei und zum Anderen die Ausbildung von neuen Brandmeisteranwärtern betreffe.

Seite 246, Abschnitt 13200 – Freiwillige Feuerwehr

Herr Dreibrod nahm Bezug auf die vorjährige Diskussion zur Haushaltskonsolidierung das Thema Freiwillige Feuerwehr betreffend. Ein kritisch diskutierter Konsolidierungsvorschlag war die Reduzierung der Mittel für die Patenschaftsverträge auf 200,00 EUR. Er erfragte, ob dies ab dem Jahr 2012 gelte und an welcher Stelle des Konzeptes bzw. Haushaltes die dadurch entstandene Einsparung abzulesen sei. **Frau Nußbeck** sagte eine Weiterleitung an den zuständigen Fachbereich zur Beantwortung zu.

Seite 251, Abschnitt 16000 – Rettungsdienst

Frau Ehlert erfragte, ob dies so gewollt sei, dass die Ausgaben bei den Geräten und sonstigen Gebrauchsgegenständen im Ansatz reduziert werden. **Herr Schneider** erklärte, dass die Berufsfeuerwehr im Laufe der Jahre Erfahrungen mit den Verbrauchs-

materialien, die auf den Fahrzeugen vorhanden sind, gemacht habe. D. h. dass dieser geringere Ansatz auf den aktuellen Verbrauchszahlen basiere. **Frau Nußbeck** ergänzte, dass der restliche Teil der Ausgaben unter der HHSt. 16000.59000 integriert sei.

Zum Einzelplan 1 wurden keine weiteren Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

4.1.1.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Seite 311, HHSt. 30000. 17100 – Zuweisungen vom Land für Veranstaltungen

Herr Hartmann erfragte, für welche Veranstaltungen hier vom Land Zuweisungen gezahlt wurden und warum der Ansatz im Jahr 2012 auf Null reduziert wurde. **Herr Vorjans** erklärte, dass dies die Zuweisungen für den Sachsen-Anhalt-Tag waren.

Seite 313, Abschnitt 31000 – Museumspädagogischer Dienst

Herr Hartmann erfragte die Gründe für die Reduzierung des Ansatzes auf Null und ob die betreffenden Mitarbeiter in diesem Bereich umgesetzt werden. **Herr Vorjans** erklärte, dass es im Augenblick noch 2 Mitarbeiterinnen gebe, wovon 1 Mitarbeiterin im Januar kommenden Jahres ausscheide. Die zweite Mitarbeiterin sei jetzt im Museum für Stadtgeschichte tätig. Der ursprünglich zum Jahresende 2011 zum Vollzug vorgesehene kw-Vermerk für diese Stelle wurde um 2 Jahre verschoben.

Seite 316, Abschnitt 32110 – Museum für Naturkunde und Vorgeschichte

Herr Bönecke machte auch im Kontext zum Museum für Stadtgeschichte darauf aufmerksam, dass sich die Einnahmesituation gegenüber dem Aufwuchs der Kosten nicht deutlich bessert. In beiden Museen sei die Situation die, dass hier nicht einmal die Kosten für den Kassen- und Aufsichtsdienst gedeckt werden können, abgesehen auch von den eigenen Personalkosten der beiden Einrichtungen. Hier sehe er unbedingten Handlungsbedarf, zumal auch die Besucherzahlen in keiner Weise befriedigend seien. Er erfragte die Besucherzahlen für die beiden Einrichtungen für die Jahre 2010 und 2011, damit man sich ein reales Bild der Kosten in Bezug auf die Einwohnerzahlen machen könne. **Herr Vorjans** sagte eine schriftliche Zureichung der erbetenen Zahlen zu. **Herr Bönecke** erbat detaillierte Angaben für das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Bezug auf die Trennung zwischen in Anspruch genommener Ermäßigung bei Kindern und Erwachsenen.

Seite 318, HHSt. 32116.40000 – Heimatstube Rodleben

Herr Dreibrodt nahm Bezug auf die Personalausgaben und erfragte die Gründe der Reduzierung des Ansatzes gegenüber 2011 auf Null. **Herr Koschig** verwies auf die Erläuterungen zur Haushaltsstelle, wonach eine Stellenumsetzung erfolgte und somit die Personalkosten in diesem Abschnitt in 2012 nicht mehr anfallen. **Herr Rumpf** ergänzte, dass die Mitarbeiterin der betreffenden umgesetzten Stelle die Öffnungszeiten im Bürgerbüro in Roßlau absichere.

Seite 319, Abschnitt 32120 - Anhaltische Gemäldegalerie (Georgium)

Herr Bönecke erfragte, ob die Einnahmereduzierung mit den laufenden Sanierungsmaßnahmen im Georgium in Zusammenhang stehe. **Herr Koschig** bejahte dies. Auf die weitere Anfrage von **Herrn Dr. Weber** die weitere Vorhaltung des Personals und des Kassenaufsichtsdienstes betreffend erklärte **Frau Nußbeck**, dass das Personal angestellt sei und nach wie vor für Ausstellungsvorbereitungen udgl. benötigt werde.

Was den Kassenaufsichtsdienst anbetreffe, so **Frau Nußbeck**, müsse evtl. nochmals nachgebessert werden, da während der gesamten Sanierungsphase die Bewachung der im Haus eingelagerten Kulturgüter aus versicherungstechnischen Gründen heraus abgesichert werden müsse.

In diesem Zusammenhang erfragte **Herr Hartmann** aktuelle Entwicklungen die Übertragung der Gemäldegalerie an die Kulturstiftung. **Herr Koschig** nahm Bezug auf die aktuelle Ausführung des Kultusministers, wonach dieser Vorschlag Bestandteil eines sog. Masterplanes Dessau-Roßlau sei. Jedoch habe der Finanzminister des Landes nicht erkennen lassen, dass dies bereits ein Haushaltstitel sei. Einigkeit bestehe dahingehend zwischen der Stadt und der Landesregierung, dass die Übertragung an die Kulturstiftung einen Entlastungseffekt für die Stadt haben könne, wenn das Land diese Kosten mit übernehme, minus 5 %.

An dieser Stelle erfragte **Herr Puttkammer** in Bezug auf die Haushaltskonsolidierung und die einzuführende Doppik, inwieweit es rechnerisch günstig sei, vor Einführung der Doppik diese Werte zu übertragen. **Frau Nußbeck** bejahte dies. **Frau Wirth** ergänzte, dass die Stadt auch nach der Übertragung an die Kulturstiftung Eigentümer der Kunstgüter sein wolle, da dies für die Stadt Eigenkapital und damit wichtig auch im Hinblick auf die Bonität der Stadt sei.

Seite 323, Abschnitt 32140 – Stadtarchiv

Herr Puttkammer erfragte vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung, ob das Stadtarchiv noch dazu in der Lage sei, die Aufgaben – hier besonders die Pflichtaufgaben – zu erfüllen. Im Kulturausschuss konnte diese Frage nicht zufriedenstellend beantwortet werden. **Herr Koschig** führte aus, dass die Pflichtaufgaben in jedem Fall erfüllt werden. Was die Einbeziehung von Bürgerarbeit in diesem Bereich anbetreffe, so Herr Koschig, würde diese Maßnahme nicht bewilligt werden, wenn diese hoheitliche Aufgaben des Stadtarchivs wahrnehmen sollen. Die Tätigkeiten im Bereich Bürgerarbeit seien ausschließlich im freiwilligen Aufgabenbereich angesiedelt.

Seite 325, HHSt. 32150.54110 – Meisterhäuser

Frau Ehlert nahm Bezug auf die steigenden Kosten für den Kassen- und Aufsichtsdienst und erfragte die Gründe hierfür. **Frau Nußbeck** erklärte, dass dies auf die Einführung des Mindestlohns zurückzuführen sei und sich dies durch alle diesbezüglichen Haushaltsstellen durchziehe.

Herr Bönecke erfragte den Aufwuchs bei den Personalkosten in 2012. **Frau Nußbeck** erklärte, dass es sich hierbei um die Umsetzung einer Stelle handele. Diese wurde be-

reits ca. 2 Jahre nicht besetzt bzw. nicht ausgewiesen und durch einen Mitarbeiter aus dem Kulturamt besetzt. Nun wurden die Kosten richtig zugeordnet, d. h. die Umsetzung dieser Stelle wurde nun ordnungsgemäß nachvollzogen.

Seite 329, Abschnitt 33110 – Anhaltisches Theater

Herr Bönecke nahm Bezug auf die letzte Ausschusssitzung des Theaterausschusses. Hier wurde ein Kostenentwicklungsplan zum Einen in Form eines gewünschten Verlaufes und zum Anderen in Form eines Worst Case vorgelegt.

Der Worst Case zeigte unter dem Gesichtspunkt, dass der Haustarifvertrag nicht fortgeschrieben werden könne auf, dass selbst unter den Bedingungen, dass dieser Konsolidierungsbeitrag nicht erbracht werden könne, bis zum Jahr 2015 ein Defizit i. H. v. 3,7 Mio. EUR aufwachsen würde. Seiner Meinung nach müsse man in Bezug auf diesen Konsolidierungsvorschlag zusätzlich reden, da nicht bekannt sei, inwieweit für 2013 nochmals ein Haustarifvertrag erreicht werde. D. h. es stelle sich die Frage, ob es Überlegungen dahingehend gebe, dieses zusätzliche Risiko mit einzuplanen?

Herr Koschig erklärte, dass der Verwaltungsdirektor diesbezüglich einen klaren Auftrag habe und dieser spiegele sich in dem vorliegenden Haushaltsansatz wieder. **Frau Nußbeck** machte deutlich, dass die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber dem Land von entscheidender Bedeutung sei. Insofern könnte eine Absicherung dieses Risikos im Haushalt negative Ergebnisse in den Verhandlungen mit dem Land bringen. Hinzu komme, dass aus jetziger Sicht der Ausgang der Verhandlungen absolut offen sei. Alles andere sei Spekulation. **Herr Schönemann** machte deutlich, dass die Stadt mit dem Eigenbetrieb diesbezüglich über Maßnahmen reden müsse. Hier könne man seiner Meinung nach nicht erst bis zum Ausgang der Verhandlungen warten. **Frau Nußbeck** bestätigte, dass der Eigenbetrieb die entsprechenden Szenarien darstellen müsse und diesen Auftrag der Verwaltungsdirektor erhalten habe.

Herr Hartmann machte deutlich, dass von Seiten der Stadt, von Politik und Bürgern, ein deutliches Signal an das Land gegeben werden müsse, dass das Theater gewollt sei, um die Weichen in Magdeburg entsprechend zu stellen. An dieser Stelle erfragte er Bezug nehmend auf einen in 2011 an die Stadt gezahlten Zuschuss vom Städtischen Klinikum, ob dies erneut denkbar wäre, um dem Willen der Stadt Nachdruck zu verleihen. **Frau Nußbeck** erklärte in Bezug auf den benannten Zuschuss, dass man liquide Mittel, die die Stadt Anfang der 90er Jahre an das Klinikum gegeben habe zur Verstärkung der Kassenlage des Klinikums, wieder dem Haushalt der Stadt als einmaligen Haushaltskonsolidierungsvorschlag zurückgeführt haben. Ansonsten dürfe ein Klinikum als gemeinnützige Einrichtungen keine Überschüsse für Kultureinrichtungen erarbeiten. Weitere bzw. andere Träger hierfür zu gewinnen sei schwierig. Der größte Gewinnauszahlender an den Haushalt der Stadt sei die DVV mbH. Die DVV trage mit ca. 8 Mio. EUR zum Haushalt der Stadt bei. Darin stecken die Konzessionsabgaben und die Gewinne.

Seite 330, Abschnitt 33200 – Marienkirche

Herr Dr. Weber machte auf das Missverhältnis von Einnahmen aus Veranstaltungen und rückläufige Mieten und Ausgaben bei der Marienkirche aufmerksam. **Herr Koschig** erklärte, dass dies im Zusammenhang mit der im nächsten Jahr dort stattfindenden Ausstellung „Anhalt International“ zusammenhänge. Richtigerweise stelle sich hier die Frage an Herrn Vorjans, inwieweit die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern zur Kostendeckung zur Verfügung stehen. **Herr Vorjans** verwies auf die Einnahmen aus Mieten in Höhe von 8.000,00 EUR, die die Einnahmesituation etwas positiver darstellen, jedoch

schätzte er ein, dass man hier nicht kostendeckend sei. **Herr Koschig** ergänzte, dass die Einnahmen aus der Ausstellung unter der HHSt. Anhalt 800 abgebildet seien.

Seite 338, Abschnitt 36500 – Denkmalpflege

Auf die Anfrage von **Herrn Hartmann** bezüglich der haushalterischen Zuordnung erklärte Frau Wirth unter Bezugnahme auf die Haushaltssystematik, die Basis für die Aufstellung eines Haushaltsplanes sei, dass der Bereich Denkmalpflege danach dem Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege – zuzuordnen sei.

Richtig sei, dass das Personal dem Planungsamt (Amt 61) zugeordnet sei, aber haushalterisch müsse eine aufgabenbezogene Gliederung dargestellt werden.

Seite 341, HHSt. 36600.71808 - Heimatpflege/Zuschüsse an Vereine für Veranstaltungen

Herr Pätzold äußerte sich verunsichert, ob die Vorschläge aus der Haushaltskonsolidierung in den Einzelplänen Berücksichtigung finden. Konkret benannte er die HHSt. 36600.61016 – Ausgaben für Veranstaltungen in Rodleben. In der Haushaltskonsolidierung wurde eine Reduzierung auf 12.000,00 EUR vorgenommen, die Haushaltsstelle sage für 2012 jedoch 15.000,00 EUR aus. **Frau Wirth** machte darauf aufmerksam, dass die Reduzierung für das Jahr 2013 vorgesehen sei. **Herr Vorjans** erklärte, dass einige Positionen neu umverteilt wurden, um das Farbfest zu ermöglichen. Insgesamt werde die Konsolidierung aber eingespart, so Frau Höppner, Sb. Haushalt Kulturamt. **Herr Pätzold** nahm im Weiteren Bezug auf die HHSt. 36600.71808 – Zuschüsse an Vereine für Veranstaltungen und erbat eine detaillierte Untersetzung zur nächsten Haushaltsberatung. **Herr Koschig** sagte dies zu.

Seiten 343 bis 346

– Abschnitt 36620 – 800 Jahre Anhalt und Abschnitt 36630 – Sachsen-Anhalttag

Frau Ehlert erfragte den aktuellen Vorbereitungsstand der beiden Veranstaltungen.

Frau Ziemba, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters, führte zum Thema „Sachsen-Anhalt Tag“ aus, dass am 05.11.2011 eine Klausurberatung mit der Amtsleitung des Kulturamtes beim Oberbürgermeister stattgefunden habe. Vor Ende der Klausurberatung wurden die Stadträte Herr Hartmann (Vorsitzender des Kulturausschusses) und Herr Mau dazu gebeten, um die Entscheidung zur Projektleitung zu beraten. Diesbezüglich gab es eine Empfehlung aus der letzten Sitzung des Kulturausschusses und der Oberbürgermeister sei dieser Beschlussempfehlung des Kulturausschusses gefolgt. Als Projektleiter wurde der derzeitige Sachgebietsleiter Kulturverwaltung, Kulturförderung, Veranstaltungen im Kulturamt Herr Steffen Kuras bestätigt. Ihm zur Seite wird ein externer Berater stehen. Diesbezüglich sei man momentan in der Auswahl.

Herr Dr. Weber griff die zum Thema Projektleiter „Sachsen-Anhalt-Tag“ durch die lokale Presse gemachten Ausführungen auf und empfahl dringend den Abschluss eines Vertrages. **Frau Ziemba** bestätigte, dass es einen diesbezüglichen Vertrag geben werde.

Herr Schönemann erklärte, dass er mit der Entwicklung in Bezug auf diese Thematik mehr als unzufrieden sei. Er vertrete nach wie vor die Meinung, dass die Vorkommnisse in Bezug auf die Projektleitung dringend einer Aufarbeitung bedürfen, damit zukünftig öffentliche Demütigungen der Stadt und der Mitarbeiter der Verwaltung ausgeschlossen

werden. Im Weiteren sei er hochgradig unzufrieden, dass es bis zur Stunde keine klare Struktur außer der des Bestandes der Besetzung des Kulturamtes gebe, um diese große Aufgabe auch personell zu bewerkstelligen. Das Signal in die Verwaltung hinein, komplex auch als Aufgabe der Mitarbeiter dieser Stadt, die im weitesten Sinne für die Bürger dieser Stadt auch dieses Ereignis ausgestalten, sich an einer solchen Gestaltung zu beteiligen dürfte aus seiner Sicht etwas sehr Ehrenrühiges sein.

Aus diesem Grund verstehe er im Augenblick nicht, wieso kurz vor dem Ereignis noch keine schlagkräftige Struktur sowohl für den Bereich „Anhalt 800“ als auch für den Sachsen-Anhalt-Tag vorhanden sei. Diesbezüglich erfragte er, wann es soweit sein werde, dass es eine „schlagkräftige“ Mannschaft vorhanden sei.

Er habe sich erkundigt, was im Kulturamt an Personal zur Verfügung stehe; hier sei seiner Meinung nach nichts Wesentliches hinzugekommen. Die Frage stelle sich, wie dies geändert werden solle. Als letzte Anmerkung erklärte **Herr Schönemann**, dass er den Wunsch nach einer Anhörung zu diesem Thema, zu den negativen Vorkommnissen selbst im Haupt- und Personalausschuss habe. Im Bezug auf die Nachfrage von **Herrn Dr. Weber**, inwieweit dies eine öffentliche oder nicht öffentliche Anhörung sein solle, erklärte **Herr Schönemann**, dass er dies offen lasse.

Frau Ziemba griff die Ausführungen von **Herrn Schönemann** auf und stimmte zu, dass einige Dinge, so wie sie sich entwickelt haben kritikwürdig seien. Jedoch wies sie die Kritik, dass die Verwaltung der Stadt nicht in der Lage sei, solche Veranstaltungen zu organisieren, zurück. **Herr Schönemann** wies diesen Vorwurf zurück und erklärte, dass er seine Ausführungen nicht so verstanden wissen wolle. Im Übrigen gehe es ihm nicht um „Anhalt 800“ sondern eher um das Thema Sachsen-Anhalt-Tag. **Frau Ziemba** nahm im Weiteren Bezug auf „Anhalt 800“ und betonte, dass es hierfür bereits funktionierende Strukturen gebe. Es sei ein Netzwerk vorhanden, dem insgesamt 70 Partner angehören. In diesem Rahmen finden regelmäßige Lenkungsgruppensitzungen und im Weiteren Arbeitsgruppensitzungen in kleineren Strukturen statt. Weiterhin gebe es eine Geschäftsstelle „Anhalt 800“, die mit drei Mitarbeiterinnen besetzt sei. Davon sei eine Mitarbeiterin Angestellte der Stadt und zwei weitere Mitarbeiterinnen werden über die Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH, Stadt und Landkreise finanziert. Diese Geschäftsstelle sei ein arbeitsfähiges Gremium, so **Frau Ziemba**. Die Geschäftsstelle werde unterstützt durch eine AGH-Maßnahme, die die Internetseite betreut. Es gab zum Thema eine Kabinettsitzung, deren Ergebnis leider noch nicht vollumfänglich bekannt sei. Es gibt gemeinsame Aktionen mit der Landesregierung, wie z. B. den Festakt am 3. Februar 2012. Es gibt Treffen mit der Staatskanzlei, mit dem Theater; das Programm stehe in groben Zügen. Das Theater wird sich in einem Festkonzert mit Stücken Anhaltischer Künstler einbringen, die große „Anhalt International“ ist der nächste Höhepunkt. Es gibt zahlreiche Kolloquien, die in der Arbeitsgruppe wissenschaftliche Begleitung laufen, ein hervorragendes Schulkonzept mit Schulwettbewerben läuft unter Federführung von Frau Gottlob aus dem Landesverwaltungsamt. In den anderen Städten laufen derlei Aktivitäten parallel, so dass eingeschätzt werden könne, dass „Anhalt 800“ auf einem sehr guten Weg. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten gebe es aus den Ministerien eine sehr gute Unterstützung. „Anhalt 800“, so **Frau Ziemba**, wird seinen Höhepunkt in unserer Stadt mit dem Sachsen-Anhalt-Tag haben und wir werden als Netzwerk ein eigenes Anhalt-Dorf bilden. Es gibt die Vorstellungen, dies auf dem Schloßplatz zu installieren. Jede Residenzstadt wird mit einem Stand kommen. Die Hochschule und das Bauhaus sollen gebunden werden. Es wird Typisches aus Anhalt und in Mundart geben. **Frau Ziemba** wiederholte zum Abschluss nochmals, dass der Vorbereitungsstand für dieses Jubiläum ein sehr guter sei.

Herr Vorjans führte aus, dass es in Bezug auf die „Anhalt 800“ in Dessau zwei großformatige Veranstaltungen geben werde. Dies seien zum einen der Sachsen-Anhalt-Tag und zum anderen die Ausstellung „Anhalt International“. Aufgrund des sehr spät erteilten Zuwendungsbescheides vom Land müsse man natürlich nun mit Hochdruck den Zeitverlust aufarbeiten.

Die andere Veranstaltung sei der Sachsen-Anhalt-Tag. Hier könne man es nicht bestreiten, dass es hier zu einigen Pannen gekommen sei, aber er hoffe und wünsche, dass man mit der Ernennung eines Projektleiters nun schnell die verlorene Zeit aufholen könne. Dazu diene auch die bereits erwähnte Klausurberatung vom Wochenende. Ein weiteres Element wird sicher die Bestimmung des externen Beraters sein.

Allerdings, so **Herr Vorjans**, müsse noch mehr Man-Power in das Organisationsbüro gesteckt werden. Diesbezüglich habe man die Vorstellungen in verschiedenen Gesprächen kund getan und sei nun auch auf die Unterstützung aus den verschiedenen Ämtern und Dezernaten angewiesen, aber es sei natürlich schon eine Reihe von Mitarbeitern am Arbeiten. Am 30.11.2011 finde die Präsentation in der Staatskanzlei statt und bis dahin müsse noch Einiges in die Wege geleitet werden, um auch entsprechend auftreten zu können. Was die Arbeitersituation im Kulturamt anbetreffe, so stehe Herr Kuras als Projektleiter nun für andere Dinge nicht mehr bzw. nur noch eingeschränkt zur Verfügung. Dennoch sei es erforderlich eine Struktur zu etablieren die es ermöglicht, alle Projekte so voranzutreiben, dass zum Ende 2012 als Fazit stehe, dass es ein erfolgreiches Jahr für die Stadt war.

Herr Schönemann erfragte an Herrn Vorjans gerichtet, inwieweit er konkrete Vorstellungen für eine funktionierende Organisationsform habe. **Herr Vorjans** verwies diesbezüglich auf die bestehende Beschlusslage, welche Funktionen mit abgedeckt werden müssen. Spätestens ab Februar müsse man so aufgestellt sein, dass alle Dinge leistbar seien. Was neben den organisatorischen Dingen wichtig sei, sei auch finanziell klar zu kommen. Es müssen Marketingkonzepte u. a. erarbeitet werden und da gebe es natürlich einen kurzfristigen Bedarf. **Herr Schönemann** erfragte, inwieweit Bedarfsanmeldungen für zusätzliches Personal erfolgten.

An dieser Stelle unterbrach **Herr Bönecke** die Diskussion zur Thematik mit dem Hinweis darauf, dass dieses Thema die Haushaltsberatungen sprengte. Im Weiteren machte er deutlich, dass es der erklärte Wille der Politik sei, in die Entscheidung mit dem externen Berater mit einbezogen zu werden.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen hierzu wurden nicht vorgebracht.

4.1.1.4 Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Zum Einzelplan 9 wurden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

4.1.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 und Folgejahre Vorlage: DR/BV/381/2011/II-20

4.1.2.1 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

Die Haushaltskonsolidierung zu diesem Einzelplan wurde im Rahmen der Diskussion zum Verwaltungshaushalt zu diesem Einzelplan mit beraten. Etwaige Anfragen und Wortmeldungen wurden unter dem TOP 4.1.1.1. dargestellt.

4.1.2.2 Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die Haushaltskonsolidierung zu diesem Einzelplan wurde im Rahmen der Diskussion zum Verwaltungshaushalt zu diesem Einzelplan mit beraten. Etwaige Anfragen und Wortmeldungen wurden unter dem TOP 4.1.1.2. dargestellt.

4.1.2.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Die Haushaltskonsolidierung zu diesem Einzelplan wurde im Rahmen der Diskussion zum Verwaltungshaushalt zu diesem Einzelplan mit beraten. Etwaige Anfragen und Wortmeldungen wurden unter dem TOP 4.1.1.3. dargestellt.

4.1.2.4 Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Haushaltskonsolidierung zu diesem Einzelplan wurde im Rahmen der Diskussion zum Verwaltungshaushalt zu diesem Einzelplan mit beraten. Etwaige Anfragen und Wortmeldungen wurden unter dem TOP 4.1.1.4. dargestellt.

6. Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzenden schlossen die gemeinsame Sondersitzung um 19.10 Uhr.

Dessau-Roßlau, 05.03.12

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

J. Düring
Schriftführer